

Biebercher Total-Anzeiger.

Amtliches Organ  der Stadt Biebrich

Verlags-Druck u. Verlag: Guido Seidler vorm. Hofmannsche Buchdruckerei.

Verantwortlicher Herausgeber: Hermann Kretzschmar, Leipzig, **Postfach 10 15 57**
Hauptverleger: Carl Neubauer, Leipzig, **Postfach 10 15 57**
Verlagsleitung: Dr. phil. h. c. h. E. Kretzschmar, Leipzig, **Postfach 10 15 57**
Redaktion und Expedition: Bleibitz, Rathausstraße 16.

Freitag, den 20. Dezember 1918.

**Dokumente
Frankfurt (Main) Nr. 10114**

57. Jahrgang.

Wir werden also einen russischen Krieg vermeiden, solange es mit unserer Sicherheit vereinbar ist, und solange die Unabhängigkeit Oesterreich-Ungarns, dessen Bestand als Großmacht für uns eine Nothwendigkeit allerersten Ranges ist, nicht in Frage gestellt wird. Wir wünschen, daß die befreundeten Mächte, welche im Orient Interessen zu beschützen haben, die nicht die unseren sind, durch ihren Zusammenschluß und durch ihre Streitkräfte sich stark genug machen, um das russische Schwert in der Scheide zu halten oder um denselben Abstand lassen zu können, falls die Umstände zu einem Bruch führen sollten. Solange kein deutsches Interesse dabei auf dem Spiele steht, würden wir neutral bleiben; aber umständlich ist die Annahme, daß jemals ein deutscher Kaiser Rußland die Unterstützung seiner Waffsen lassen könnte, um ihm zu dessen, einer derartigen Mächte niederszuwerfen oder zu schwächen, auf deren Bestand wir rechnen, sei es, um einen Krieg mit Rußland zu verhindern, sei es, um uns zu helfen, ihm die Stirn zu bieten. Von diesem Gesichtspunkte aus wird die deutsche Politik immer gezwungen sein, in die Reihe der Kämpfenden einzutreten, wenn die Unabhängigkeit Oesterreich-Ungarns durch einen russischen Angriff bedroht wäre oder England oder Italien Gefahr ließe, durch französische Heere überflutet zu werden.

Im Verlauf seiner Darlegungen gelangt Hamann zu der Schlussfolgerung, daß die deutsche Deffinitivität bei Bismarcks Tode fösslich unter dem Eindruck gestanden habe, sein zweites Herkommen an die Nation sei die Zarenfreundschaft, und diese fössliche Auffassung habe einen vertrauensvollen Ausgleich der Meinungen zwischen Deutschland und England verhindert, eine Wirkung, die durch die Zarenbegünstigung auf der einen, durch Hamanns und Herrenbewußtsein auf der anderen Seite verstärkt wurde.

Hieron ausgehend, befaß sich Hammann in mehreren Kapiteln voll interessanter Einzelheiten mit der Geschichte der deutsch-englischen Beziehungen. Er beginnt mit dem Jahre 1898, als Chamberlain aus der damaligen englischen Vereinfachung heraus dem deutschen Vorkäufer den Abschluß eines Vertrages nahelegte und bringt Material für die Tatsache bei, daß die englische Regierung ernsthaft den Wunsch hatte, eine wärmere Temperatur zwischen beiden Riffen zu schaffen. In diesem Zusammenhang erzählt er, daß zweimal von Ausland aus die Anregung erfolgte, Deutschland möge sich mit Frankreich an einem Schritt zur Vereinigung des Rurrentrages beteiligen. Die Anregung wurde von der deutschen Regierung ausweichend beantwortet. Einer Politik die gleichzeitig mit den Beziehungen zu Ausland diejenigen zu England wärmer gestalten wollte, hätte nach Hammann die Volkseinstimmung und die Auffassung im Reichstag entgegengestanden. Hoffein habe dann den Ausweg gesucht, England und Japan zum Anschluß an den Treibnis zu bewegen. Hammann nennt Hoffein lebhaft, daß sonst unsere Meerere einen unserer Verbündeten angreifen könnten, ohne daß England wegen des Fehlers eine direkten Doppiangriffs den Bündnisfall für gegeben zu erachten brauche, eine künstliche Konstruktion. Tatsächlich wurde von deutscher Seite mit dem damaligen japanischen Vorkäufer in London Sühnung angenommen. Wie diese Verhandlungen verliefen im Sande

Grüßlich leuchtet der Verfall: in die Gefächte der Maroffs angeschlossen hinein. Er erinnert daran, daß Chamberlain schon 1908 ein Schreiben über Maroffs angeregt hatte. Vom Januar 1901 datiert Chamberlains Botschaftsangebot. Am August 1901 hat die englische Regierung die dritte Gelegenheit, sich über die Marofffrage zu einigen. Hammann sagt, daß es in allen drei Fällen zu nichts kam, habe einen und denselben Grund gehabt: die Kostenientheorie. Man wollte sich in Ostafrika nicht gegen Italien, in Maroffs nicht gegen Frankreich vorleben lassen. Hammann spricht von der falschen Biologie der misanthropischen Heilein. Der Verband taute sich immer fester auf und fand schließlich seinen Ausdruck in den Verhandlungen, die Italien und Spanien in ein Maroffschreiben hineinogen. Darauf wandte sich die deutsche Politik wieder nach Ausland. Immer war nach Ende April 1904 das Verhältnis zu Frankreich dadurch der Gebante des Fürsten von Monaco einer Begrenzung in Lobet in italienischen Gemächern durchaus ernsthaft erwogen wurde. Ca Me interessiert, die Gefächte dieser nicht aufeinander gekommenen Zusammenkunft bei Hammann nachzuweisen. D

Wählungen aller von Bismarck eifrig geforderten Verträge, mit den Westmächten auf einen besseren Fuß zu kommen, namentlich nach dem Abgange Delcassé, schreibt Hammann der schon zu engen Verbindung Frankreichs mit England und der psychologisch falschen Methode des deutschen Vorgehens zu. Während in Frankreich der bekannte Umsturz der Geister zu erhöhter kriegerischer Stimmung eintrat, machte der Kaiser noch einen Versuch, Frankreich auf dem Umwege über den Jaren auf unsere Seite zu bringen und zwar durch den sogenannten Vertrag von Björkö, der, wie Hammann mittelt, eine vom Kaiser kaiserlich aufgesetzte und von ihm und dem Jaren unterzeichnete Darlegung des Ergebnisses der Aussprache, namentlich der Forderung der Bismarckhilfe, gemein ist. Bismarck habe die Verantwortung dafür abgelehnt. Auf der Algierconferenz konnte Frankreich auf die Gunst Englands, Italiens, Spaniens, Russlands und Japans rechnen. Im Auswärtigen Amt hat man nach Hammann monatelang nicht gewußt, worauf die Deutsche Politik eigentlich hinaus wolle. Deutlich läßt er Verfall der unheilvollen Rolle Hofsteins erkennen. Der Kanzler arbeitete fieberhaft für sein Ziel, daß es weder Sieger noch Besiegte geben solle, und das Ende war, wie Hammann sagt, Hofsteinsche und Kanzlergebärmerei. Mit dem Rücktritt Hofsteins und dem bekannten Zusammenbruch des Kanzlers in der Sitzung vom 5. April 1906 schließt der Buch, das wieder eine wertvolle Bereicherung der von Eingeweihten gelehrten deutschen Literatur darstellt und dem man, wie keinem Vorgänger, einen Nachfolger wünscht.

Der Staatsfremder des Reichshofamtes Schäfer hat in seiner jüngsten großen Rede Mitteilung von den beachtlichsten großen Kriegsabgaben gemacht. Wie die „Eigliche Handlung“ jetzt von dem Reichshofamt nahestehenden Finanzkreisen hört, wird in ein- oder mehreren Kreisen der Ertrag der Vermögensabgabe auf 30 bis 50 Millionen Mark geschätzt.

Paris. Eine Note der Agence Havas erklärt, daß die Waffenstillstandsverhandlungen wahrscheinlich in der ersten Hälfte des Monats Januar anfangen werden.

London. Die „Times“ schreibt: Die englische Regierung verbietet dem englischen Oberkommandanten, mit Arbeiter- und Soldatenräten Deutschlands oder mit den ihnen eingesetzten Volksbeauftragten des Reiches zu verhandeln.

Die niederländische Staatskonferenz unter Vorsitz der Königin hat die Verpflichtung der Niederlande, den deutschen Kaiser auszuliefern, verneint.

Die polnischen Ansprüche.

Eine neue Gegenfälschung.
Königsberg i. Pr. In einer von Laufenden besuchten öffentlichen Versammlung der Deutschen Volkspartei am 17. De-

Die heutige außerordentlich zahlreich besuchte Versammlung der Deutschen Botschaft in Königsberg i. Pr. wendet sich entschieden gegen die Behauptungen, Teile Ostpreußens dem litauischen und polnischen Staate anzugliedern. Ostpreußen, seit sieben Jahrhunderten deutsches Land, will ungeteilt und ungetrennt in politischem, kulturellem und wirtschaftlichem Zusammenhang mit Deutschland bleiben und weiter in guten wie in trüben Tagen das Geschick Deutschlands tragen. Aus diesem Zusammenhang zieht es seine Lebenskraft, die durch Zerteilung der Provinz gebrochen würde. Von der Reichsregierung ist zu fordern, daß sie nachdrücklich dieser Gefahr entgegentritt und Ostpreußen vor dem Schicksal behauptet, zerschellen und von Deutschland abgetrennt zu werden.

Bielefeld, den 20. Dezember 1918.

Stadtverordneten-Versammlung

vom 19. Dezember, nachm. 3 Uhr.

Anwesend sind 28 Stadtorordnete und vom Magistrat die Herren Oberbürgermeister Geh. Reg.-Rat Vogt, Beigeordnete Franzbühler und Tropp, Stadtbaurat Ihrl und Stadträte Boos, Kommerzienrat A. Diederhoff, Kunz und Sittig. — Als Protokollführer Herr Obersekretär Wümpel.

**gemeinsame Sitzung
des Magistrats und der Stadtverordneten**

In der letzten Stadtverordneten-Sitzung war verhandelt worden über den Antrag, die Zahl der wahlberechtigten Polizeibeamten auf 2 zu erhöhen.

Dadurch sollte einem Mitglied des Arbeiterrates Gelegenheit gegeben werden, im Magistrat Sitz und Stimme zu erhalten. Es war beabsichtigt worden, den Antrag in einer gemeinsamen Sitzung beider Körperschaften zu verhandeln. Inzwischen hat das neue Statut infolgedessen geändert, als von Seiten der Richter, die unter Bezugnahme auf eine neue Verfügung des Reichspräsidenten vom Innern gemeldet worden ist, daß Mitglieder als Beisitz in den Magistrat beieigert werden können und gerade bei Herren Scheffer und H. A. Scherz. Entschädigung sollen ihnen Diktien in der Höhe gewährt werden, wie sie bei den Kaufmannsgerichten usw. üblich sind. Eine Veränderung in der Zusammenfassung des Magistrats erübrigt sich dadurch. Die Verfolgungsmasse erstreckt sich damit sinnterband.

Der weitere Verhandlungsgegenstand, der ebenfalls in der letzten Stadterordnungs-Sitzung bereits berührt worden ist, betrifft

aus den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters, welcher glaubt, aus gesundheitslichen Gründen den Besuch des Kinos nicht mehr nachkommen zu können. Als Zeitpunkt war der 1. Januar in Aussicht genommen, doch hat er sich inzwischen bereits erklärt, erst, bis 1. April im Kine bleiben zu wollen. Wie der Vorsitzende, Herr Dr. Kalle, hierzu ausführt, befinde man sich in der Zwangslage, zu überlegen, ob jetzt der genannte Zeitpunkt für die Ausbreitung der Neubefehung ist mit Rücksicht auf die Bewegung, die Unterbindung des Verkehrs mit dem übrigen Deutschland, sowie darauf, daß mit größter Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist, daß wir in nächster Zeit ein neues Kommunikationsgesetz erhalten werden und dann die Zusammenkunft der städtischen Körperschaften eine ganz andere sein wird als die jetzige. Aus diesen Gründen haben die Herren Richter und Röhler folgenden Antrag eingebracht:

Die nach § 34 der Städteordnung für Hessen-Nassau zur Wahl des Bürgermeisters berechnigte Wähler-Vammlung (Stadterordnungs- und unbesolbete Mitglieder des Magistrats), wolle folgendes beschließen: Die Wahl des Bürgermeisters wird solange zurückgestellt,

bis die Neuordnung in den preußischen Gemeinden entweder durch Verordnung der Regierung oder durch die geschehenden Körperschaften durchgeführt ist. Wir betrachten die nach dem alten Wahlgesetz gewählten Vertreter der Wahlerversammlung in der heutigen, politisch vorgeschrittenen Zeit nicht mehr für kompetent, ein neues Stadtoberhaupt zu wählen, weil die Wahl desselben nicht dem Willen der heutigen Volksstimme entsprechen dürfte. — Wir beantragen weiter, die Wahlerversammlung möge den Herrn Oberbürgermeister bitten, bis zu diesem Zeitpunkt in seinem Amte verbleiben zu wollen.“

Herr Richter begründet den Antrag unter Hinweis auf die zweifelslos bald kommende neue Gemeindeverfassung, die an Stelle des alten ungerechten Dreiklassenwahlrechts das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht bringen werde. Da die auf Grund desselben gewählte Versammlung eine ganz andere Zusammenfassung aufzuweisen werde, so sei es nicht am Plage, schon jetzt die Wahl eines neuen Stadtobershauptes vorzunehmen. Es entspringt sich hieran eine längere Debatte, an der sich die Herren Keller, Schroeder, H. W. Schneider, Richter, Schmidt, Mainz, Tr. Kalle, Brambach und Nieder beteiligen. Es dreht sich dabei hauptsächlich um die Frage, ob ein Termin festgelegt werden soll, da sich nicht absehen läßt, wann die neue Gemeindeverfassung kommen wird. Herr Dr. Kalle weist u. a. auf. darauf hin, daß die Frage eng zusammengehört habe mit der Frage der Eingemeindung. Es sei deshalb gewartet worden, um der Stadt Wiesbaden Gelegenheit zu geben, diese Frage zu prüfen. Diese Vorarbeiten seien fertig geworden, nachdem die Resolution ausgebracht war. Heute früh Wiesbaden mit Recht auf dem Standpunkt, daß es zur Zeit keinen Anlaß geben könne, da es andererseits alle Hände voll zu tun habe. Die Eingemeindung scheine ihm als etwas das garces verrät. Man könne einen neuen Bürger. neisser auch gar nicht zumuten, daß er selbst gleich wieder dafür sorgt, wieder herauszukommen. Herr Oberbürgermeister Vogt ergreift hierzu ebenfalls das Wort. Schon vor 3 Jahren, als seine Wiederwahl zur Veranlassung Hank, gab er den Wunsch geäußert, die Jäger einer längeren Krut zu überlassen. So schwere er jetzt seit 3 Jahren zwischen Tür und Angel. Damals hat allerdings niemand gedacht, daß sich der Krieg so lange hingezogen würde. Jetzt ist die Eingemeinderfrage brennend geworden war. Mit Rücksicht auf die in den letzten Tagen durch die Beisung eingeretenen Umstände könne er nicht andere als dem Wunsche der Verhinderung zu folgen. Die Verhinderung seien für ihn gewiss, vorläufig auf ihrem Wege zu stehen. Herr Mainz beantragte eine Veränderung des Antrages, monnte die Neubewertung einstweilen zurückgestellt wird, bis die gegenwärtigen unklaren Verhältnisse sich mehr geklärt haben. Der Antrag wird hierauf in dieser veränderten Fassung angenommen. Herr Dr. Kalle spricht Herrn Oberbürgermeister Vogt den Dank der Bevölkerung dafür aus, daß er auf dem Posten ausgeharrt, so schwer es ihm auch wird.

Hierauf wird in die

Stadterordneren-Verammlung

eingetreten. Hierzu liegt zunächst ein Antrag vor auf
Bewilligung von Teuerungszulagen.

Der Antrag war in der letzten Sitzung zur weiteren Aufführung an die Organisationskommission zurückerwiesen worden. Herr Freundlich erläuterte als Berichterstatter, daß seitens des Reichs- und Staatsverwaltung eine einmalige Teuerungszulage an sämtliche Reichs- und Staatsbeamten bewilligt worden sei. Der Magistrat stehe auf dem Standpunkt, daß auch die Stadt Bielefeld sich dem nicht entziehen kann. Die Organisationskommission schlägt vor, daß diese Teuerungszulage auch den städtischen Beamten in gleicher Weise zugestimmt werde. Nach einem weiteren Antrag soll die ausgesetzte letzte Zulage, die eigentlich nur eine vorläufige Gehaltserhöhung darstelle, pensionsfähig gestaltet werden. Die Möglichkeit hierzu besteht, wenn die Stadt die Prämien hierfür übernimmt. Der Prämienlohn beträgt ungefähr 7-8 Proz. der Zulage und würde eine Ausgabe von ungefähr 6-7000 Mark im Jahre verursachen. Der dritte Punkt betrifft die Zahlung einer einmaligen Zulage an die Hilfsarbeiter der Stadt. Die Kommission schlägt vor, den Verbeiraten ein Monatsgehalt, für jedes Kind 10 Mark und den Unterbeiraten 70 Proz. ihres Monatsgehaltes zu gewähren, wobei kein Unterschied zwischen Gefündigten und Ungefündigten gemacht werden soll, da es sich dabei meist um solche handelt, für die keine Beschäftigung mehr da ist. Herr Reitz berichtet namens der Finanzkommission, daß diese der Gehaltzulage zustimmt, dem zweiten Punkt habe sie nicht zugestimmt und Punkt 3 habe sie zurückstellen müssen, weil dieser nicht genügend geklärt war. Für Punkt 2 sei Voraussetzung, daß die gegenwärtigen Teuerungszulagen und das höhere Einkommen dauernd bestehen bleiben, während man doch damit rechnen müsse, daß später der Rückwärtsruck eintrete, so daß die Voraussetzung eines Fortbestehens fehlerhaft; ebensoll könne sie nicht bekräftigt werden. Falls die Genehmigung würde sich die Stadt moralisch verpflichten, sie dauernd aus sich zu nehmen. Dieser würde dies nur die städtischen nicht auch die staatlichen Beamten treffen. Dem dritten Antrag stimme er zu. Herr Dr. Hilt erklärt, daß er f. A. in der Finanzkommission ebenfalls dagegen gestimmt habe, die Zulage pensionsfähig zu machen, daß er jedoch in der Organisationskommission Gegenstand hatte, die Gründe zu hören, wodurch er anderer Ansicht geworden sei. Er ist infolgedessen dafür, daß die Zulage pensionsfähig gemacht werde. Herr Brambach fragt, ob sich das auch auf die Lehrer ausdehne. Herr Bürgermeister Vogt weist gegenüber geäußerten Bedenken darauf hin, daß die Anrechnung nur solange gelte, als die Zulage gezahlt wird. Von den Lehrern kommen nur diejenigen in Betracht, die an der Pension- und Rententafel beteiligt sind. Die Volksschullehrer sind nicht dieser Klasse angeschlossen. Daß die Verhältnisse sich niemals so ändern würden, daß der Geldwert erheblich steige, glaube er nicht; wenn die Teuerungszulage von 10 Proz. bestehen bleiben könnte, dürfte man herzlich froh sein. Er bitte dringend, dem Antrag zuzustimmen, da verschiedene Beamte, die sich zur Ruhe setzen möchten, darauf warten. Eine Zurücksetzung der Anrechnung finde nicht statt. Nach kurzer weiterer Aussprache wird dem ersten Teil des Antrages (Gewährung der Teuerungszulage) zugestimmt. Zu dem Antrag, die Zulage pensionsfähig zu machen, wird mit einer Stimme Mehrheit beschlossen, den Antrag nochmals zu vertagen. Der dritte Teil des Antrages, betreffend Gewährung einer Zulage, wird angenommen, nachdem auch noch Herr Reitz namens der Baukommission berichtet hat. Es kommen sämtliche Hilfsarbeiter, die länger als 1 Jahr bei der Stadt sind, insoweit 18, in Frage; die entstehenden Kosten betragen 1035 Mark.

Anstellung von Beamten auf Lebenszeit.

Der Antrag war in der letzten Sitzung vertagt worden. Es handelt sich um 13 Schulleute. Der Antrag, der vom Beamten- und Organisationsausschuß befürwortet worden ist, wird genehmigt.

Deutsche demokratische Partei.

Die große demokratische Partei ist gebildet. Pflicht aller freiheitlich Gesinnten

Männer und Frauen

ist es, sich ihr als Mitglied anzuschließen.

Wir wollen eine deutsche Republik

in der alle öffentliche Macht allein auf dem Willen des Volkes beruht.

Wir fordern

gleiches Recht für alle, ohne Unterschied des Geschlechtes, ohne Rücksicht auf Stand, Beruf und religiöses Bekenntnis —
weitgehendste und gerechteste Fürsorge für unsere Kriegerbeschädigten und unsere heimkehrenden Krieger —
die Schaffung einer menschenwürdigen Existenz für unsere Kriegervitwen und -waisen —
wirtschaftliche und soziale Hebung des Arbeiter-, Beamten-, Lehrer- und Angestellten-Standes, Anerkennung ihrer beruflichen Organisationen —
Wahrung möglicher Rechte, besonders der Ruhegehalt- und Hinterbliebenenbezüge —
Schutz und Förderung des Mittelstandes, von Handel, Gewerbe, Handwerk und des Bauernstandes —
Erhaltung des freien Wettbewerbs —
planmäßige Siedlungspolitik durch Beschränkung des Großgrundbesitzes, Beseitigung der Fideikomisse und aller ähnlichen feudalen Vorrechte —
Freiheit in Wort und Schrift, Freiheit der Schule und Kirche —
Trennung von Staat und Kirche unter voller Wahrung der Würde und unter Sicherung der finanziellen Selbstständigkeit der Kirche, sowie Schutz der Freiheit jeder Religionsübung und religiösen Erziehung —
Förderung von Kunst und Wissenschaft —
vor allem aber

freie Bahn dem Tüchtigen,

den weder Standesvorrechte noch Bürokratismus, weder Geldmacht noch Klassenvorurteile am Aufstiege verhindern dürfen. Der Staat hat allen Beschäftigten die Möglichkeit gleicher Ausbildung jeder Art auf Volks-, Mittel- und Hochschulen zu verbürgen.

Wir erstreben

eine wirklich soziale Steuerpolitik durch weitestgehende Beschränkung der indirekten Steuern, eine einmalige progressive Vermögensabgabe, auf angemessene Zeit verteilt, statt gestaffelte Einkommensteuer unter möglicher Schonung der kinderreichen Familien, allgemeine Erbschaftsteuer für jeden größeren Nachlaß, vor allem aber weitestgehende Erfassung der Kriegsgewinne und Wuchergewinne.

Solche Lasten können nur getragen werden bei Erhaltung des Privateigentums und bei einer Wirtschaftsordnung, die das Interesse des Volkes am Erwerb lebendig erhält und es zu höchster Tätigkeit anspornt.

Den Auswüchsen des Kapitalismus und des Großunternehmertums in Handel, Industrie und Landwirtschaft

treten wir entgegen

und stimmen der Vergesellschaftung monopolistisch entwickelter Wirtschaftsgebiete zu.

Wir verwerfen

aber die Ueberführung aller Produktionsmittel in das Eigentum der Gesellschaft.

Wir verlangen

eine auswärtige Politik, die getragen ist vom Geiste dauernden Friedens und die Deutschlands Stellung in der Welt sichert —
einen Bund gleichberechtigter Völker — internationale Schiedsgerichte — eine gleichmäßige Beschränkung der Rüstungen u. Beseitigung aller Privilegien im Heere.

Wir bekämpfen

jegliche Diktatur und Klassenherrschaft, einerlei, ob sie von rechts oder von links kommt, und verlangen deswegen für alle öffentlichen Wahlen das allgemeine, gleiche, unmittelbare und geheime Wahlrecht für alle Männer und Frauen nach dem System der Verhältniswahl.

Wir fordern die sofortige Einberufung der verfassunggebenden Nationalversammlung.

Mitbürger und Mitbürgerinnen!

Arbeiter und Fabrikanten, Landwirte, Handwerker und Gewerbetreibende, Beamte, Lehrer und Angestellte, Angehörige freier Berufe!

In Eure Hand ist Eures Volkes Schicksal gelegt. Wer mit uns eintritt für eine demokratische Republik, für volle politische Gleichberechtigung, für die Abwehr jeder Gewalt Herrschaft, für den Wiederaufbau des einigen Deutschen Vaterlandes in freiheitlichem Geiste zu wirtschaftlicher und kultureller Größe, der schließt sich an der

Deutschen demokratischen Partei

Ortsgruppe Biebrich.

Geschäftsstelle: Rathausstraße 69. — Telefon 223.

J. Andres, Tapezierermeister, Frä. Dr. Adolph, Oberlehrerin, W. Brand, Fabrikant, Frau W. Brand, Frau Emma Baer, Frau Franziska Decker, Schulpedellin, Frä. Kath. Burghardt, Telephonistin, Frä. Hedwig Bodewig, Frä. Elisabeth Brambach, G. J. Bod, Landwirt, Frä. Birnbaum, Lehrerin, H. Bausch, Lehrer a. D., Frä. E. E. Bach, Lehrerin, S. Drieh, Stadtverordneter, Joh. Ehrhardt, Feldschütz, Fr. Fuchs, Zollassistent, A. Finlay, Rechtsanwalt, Frau H. Freundlich, Ph. Fröhlich, Kaufmann, Frä. Elise Faust, Bürogehilfin, A. Gilbert, Dipl.-Ing., W. Gampel, Mag., Obersekretär, J. Gaum, Kaufmann, A. Heuschert, Schlossermeister und Stadtverordneter, A. Heich, Steinhauermeister und Stadtverordneter, A. Hoffer, Kaufm., A. Heep, Kontrolleur, J. Haadi, Bankbeamter, Frä. C. Hagemann, Sekretärin, Frau A. Heuschert, J. Jedermann, Krim.-Schuyman, A. Jäger, Handlungsgehilfe, W. Kaiser, Landwirt, A. Kraft, Gastwirt, C. Kehrman, Kaufm., W. Kunz, Stadtrat, Dr. H. Kraus, Chemiker, H. Kraft, Hilfsarbeiter, H. Alth, Schuldienner, Frä. H. Käth, Kindergärtnerin, Frau C. Kraus, Frä. C. Kramer, Laborantin, Frä. Elise Klesner, Ehrenbürgerin der Stadt Biebrich, Frä. J. Koch, Direktrice, H. Kurandt, Registrator, Frau C. Kehrman, W. Leuz, Geometer, A. Martin, Renner, O. Meih, Postsekretär, A. Meyer, Oberpostschaffner, A. Müller, Hotelier, W. Müller, Lehrer, J. Meißner, Betriebsleiter, Frä. M. Mittmach, Frä. Anna Müller, Telephonistin, E. Mosemann, Tiefbautechniker, S. Marg, Kaufm., Frau O. Meih, H. Nieder, Lehrer, G. Neidhöfer, Kaufm., Dr. J. Oppermann, Direktor, J. Ott, Bäckermeister, Karl Richter, Vorsitzender des Vereins der Kolonialwaren-Kleinhandler, Josef, Kontrolleur, G. Käth, Ober-Ingenieur, Frau Elly Käth, Frä. J. Köffel, W. Stricker, Stadtverordneter, W. Schneider-Gladke, Rentner und Stadtverordneter, Dr. Schwender, Oberlehrer, A. Sommer, Direktor, J. Schenk, Architekt, H. Stellwag, Ober-Ing., W. Schwalbe, Chemiker, J. Schreiner, Techniker, Dr. med. Strauß, Sanitätsrat, Dr. Schweizer, Syndikus, A. Störing, Polizeikommissar, Frau G. Störing, Frä. Neely Siegfried, Kontoristin, J. Schmidt, Labelchaffner, H. Schmidt, Schuyman, Stein, Polizeiwachmeister, Frä. Kessler Seefeldt, Professor Dr. Weimer, Direktor, J. Werner, Proturist u. Stadtrat, Frau J. Waldmann, Reedereibesitzer, J. Woff, Bürodiener, W. Wagner, Telefonist, W. Zadow, Zeichenlehrer.

Die Partei ist gebildet und in die Arbeit getreten. Der Parteitag ist am 1. März 1919 in Berlin abgehalten worden. Die Partei hat sich in der ganzen Republik organisiert. Die Partei ist die einzige demokratische Partei in Deutschland. Die Partei ist die einzige Partei, die für die Freiheit und die Gleichberechtigung aller Bürger kämpft. Die Partei ist die einzige Partei, die für die Abwehr der Gewalt Herrschaft kämpft. Die Partei ist die einzige Partei, die für den Wiederaufbau des Deutschen Vaterlandes kämpft. Die Partei ist die einzige Partei, die für die Freiheit und die Gleichberechtigung aller Bürger kämpft. Die Partei ist die einzige Partei, die für die Abwehr der Gewalt Herrschaft kämpft. Die Partei ist die einzige Partei, die für den Wiederaufbau des Deutschen Vaterlandes kämpft.

